



Bundesnetzagentur

Die Bundesfachplanung durch die Bundesnetzagentur - ein Schritt zur Genehmigung neuer Stromleitungen"

Matthias Otte, Abteilungsleiter Netzausbau

CIGRE/CIRED Informationsveranstaltung

„Innovation zur Integration der Erneuerbaren“

Wiesbaden, 24. Oktober 2016



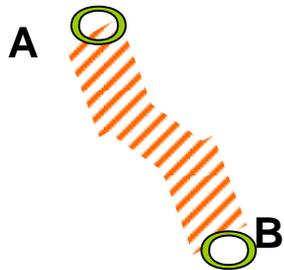


- Genehmigungsverfahren
- Rechtsrahmen Erdverkabelung
- Freileitungsausnahmen bei Erdverkabelung von Gleichstromleitungen
- Aktuelles

Genehmigungsverfahren

- Für Vorhaben, die in den Anwendungsbereich des NABEG fallen (Zuständigkeit BNetzA), ist ein 2-stufiges Planungs- und Genehmigungsverfahren durchzuführen:
 - 1. Stufe: **Bundesfachplanung**
 - 2. Stufe: **Planfeststellung**

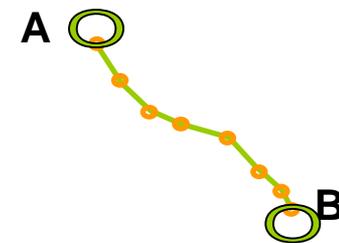
Bundesfachplanung



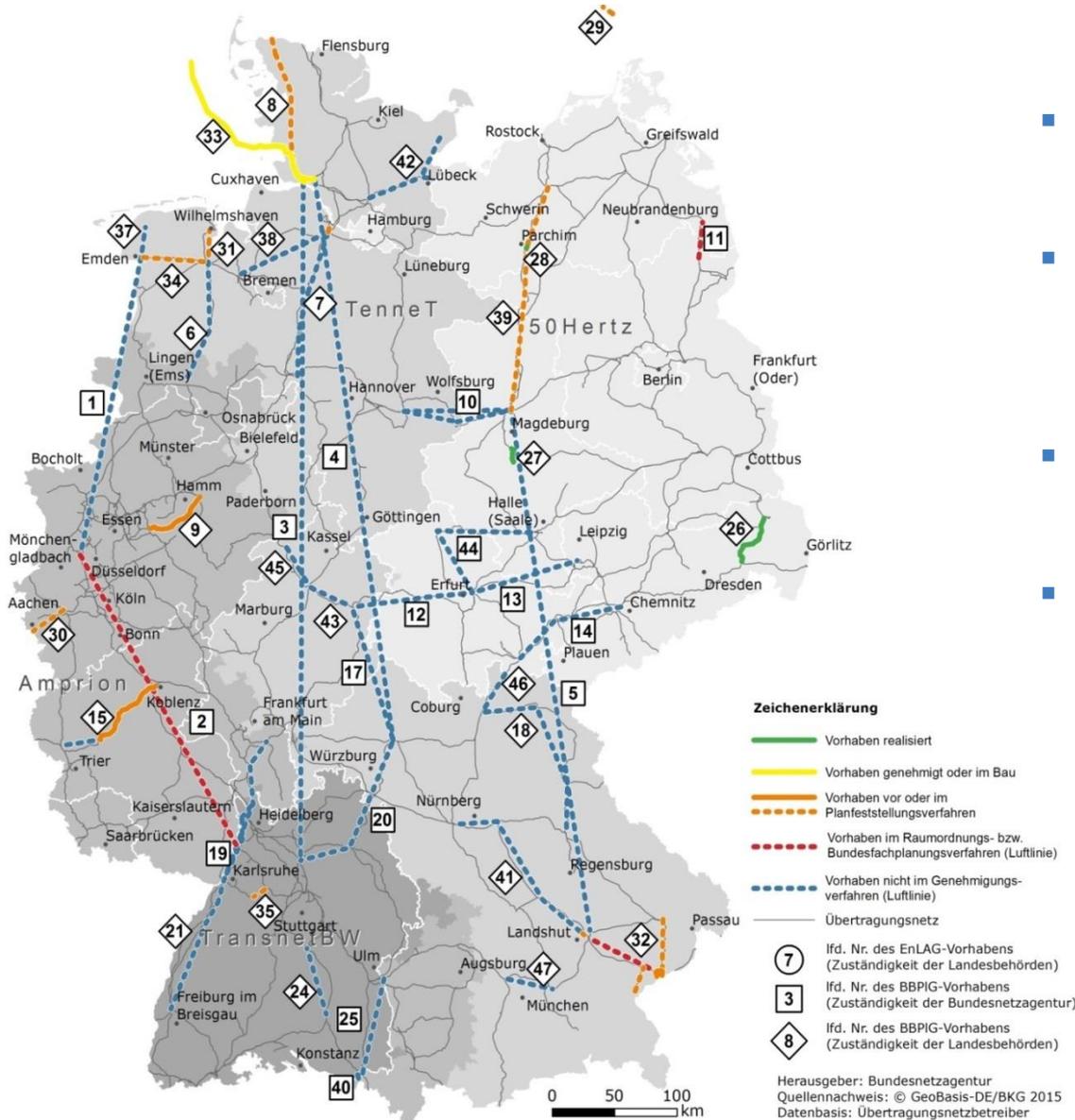
Trassenkorridor



Planfeststellung



Trasse



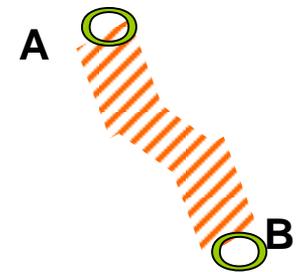
- Insgesamt 43 Vorhaben
- 16 Vorhaben in Zuständigkeit der Bundesnetzagentur
- Insgesamt rd. 5.650 Leitungskilometer
- Davon rd. 2.550 km Neubau und rd. 3.100 km Netzverstärkung

Inhalt des **Bundesbedarfsplans**:
Festlegung der energiewirtschaftlich notwendigen
Vorhaben und der Anfangs- und Endpunkte



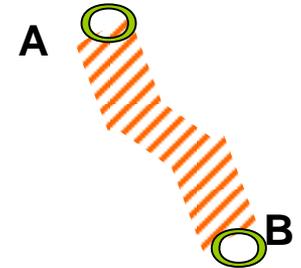
Bundesfachplanung

- Suche nach einem groben Verlauf der Leitung (Trassenkorridor) zwischen den Anfangs- und Endpunkten
- Prüfung, ob überwiegende öffentliche oder private Belange entgegenstehen
- Prüfung von ernsthaft in Betracht kommenden Alternativen
- Die Umweltprüfung erfolgt als Strategische Umweltprüfung



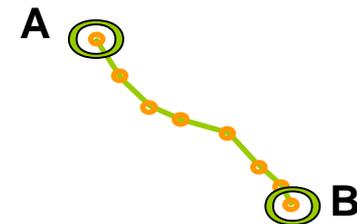
Ergebnis der **Bundesfachplanung**:

Ca. 500 bis 1.000 Meter breiter **verbindlicher** Trassenkorridor
für die spätere Trasse
inkl. Kennzeichnung potentieller Freileitungsabschnitte



Im **Planfeststellungsverfahren** wird geklärt:

- Genauer Verlauf der Leitung (grundstücksscharf)
- Bei Erdkabel: Anzahl und genauer Verlauf der Kabel, Verlegetechnik (Tunnelbauweise, offene Bauweise)
- Bei Freileitung: Art, Höhe und Standort der Masten
- Ggf. Standorte für Nebenanlagen





Planung

- Ermittlung des Trassenkorridornetzes
- Ermittlung des Vorschlagstrassenkorridors und Alternativen

Genehmigung

- Antrag auf Bundesfachplanung, § 6 NABEG
- Öffentliche Antragskonferenzen, § 7 NABEG
- Festlegung des Untersuchungsrahmens durch BNetzA, § 7 Abs. 4 NABEG
- Vorlage vollständiger Unterlagen durch ÜNB, § 8 NABEG
- Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung, § 9 NABEG
- Erörterungstermin, § 10 NABEG
- Entscheidung der BNetzA über den Trassenkorridor, § 12 NABEG





Übertragungsnetzbetreiber (= Vorhabenträger)

- 2 Ermittelt ein Trassenkorridornetz, führt die frühzeitige Beteiligung durch
- 4 Ermittelt einen Vorschlagstrassenkorridor und Alternativen und stellt den Antrag auf Bundesfachplanung
- 8 Vervollständigt die Unterlagen

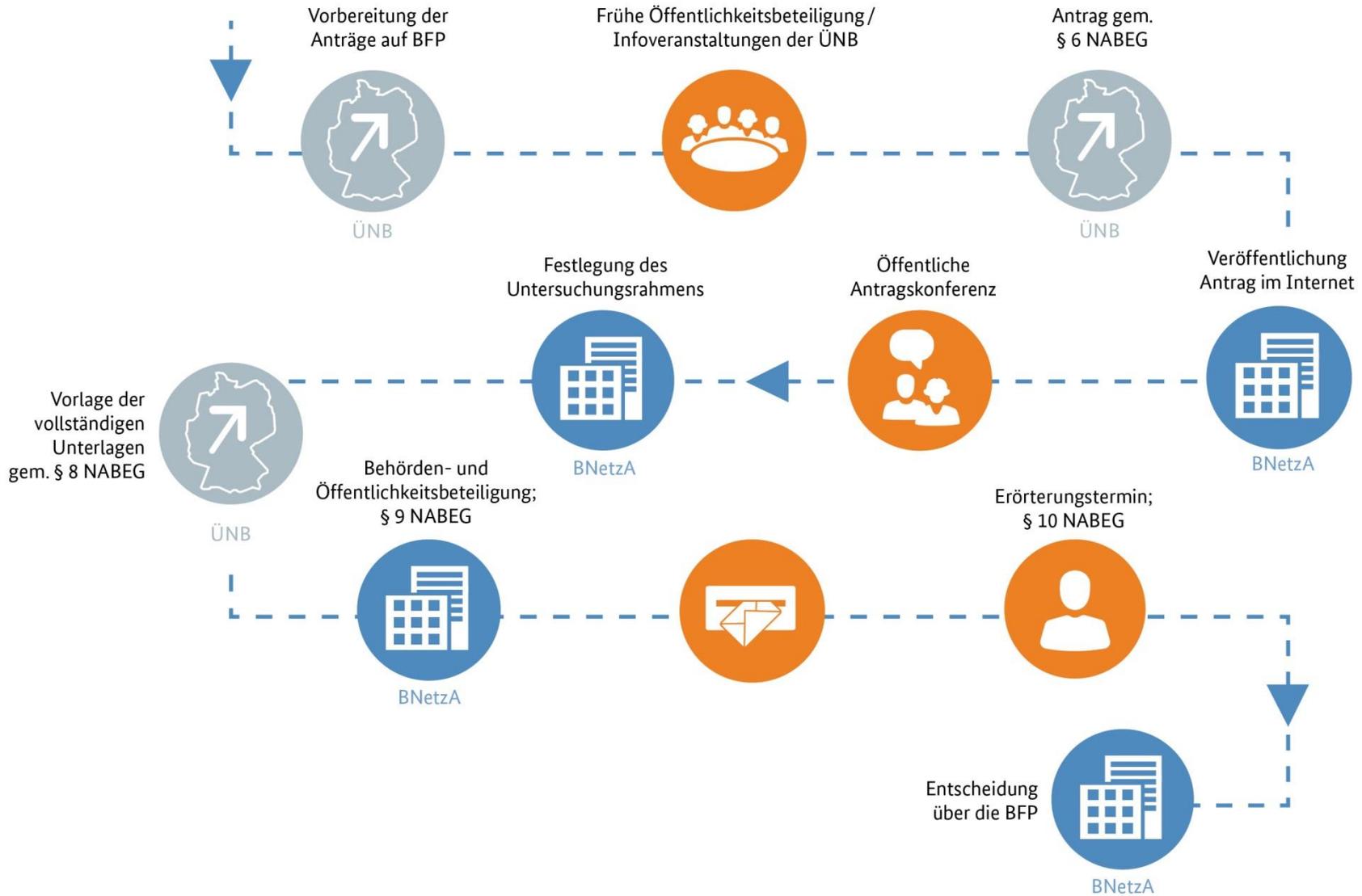
Bundesnetzagentur (= Genehmigungsbehörde)

- 1 Gibt Leitlinien für die Ermittlung des Trassenkorridors vor (Positionspapier Erdkabel)
- 5 Führt die Antragskonferenz durch
- 7 Legt den Untersuchungsrahmen fest
- 9 Prüft den Antrag des Vorhabenträgers
- 11 Führt Erörterungstermin durch und entscheidet über raum- und umweltverträglichen Trassenkorridor

Behörden, Vereinigungen, Bürger (= betroffene Öffentlichkeit)

- 3 Gibt Hinweise zum Trassenkorridornetz
- 6 Gibt Hinweise zum Vorschlagstrassenkorridor und möglichen Alternativen
- 10 Erhebt Einwendungen und Stellungnahmen zum beantragten Korridor

Beteiligungsschritte



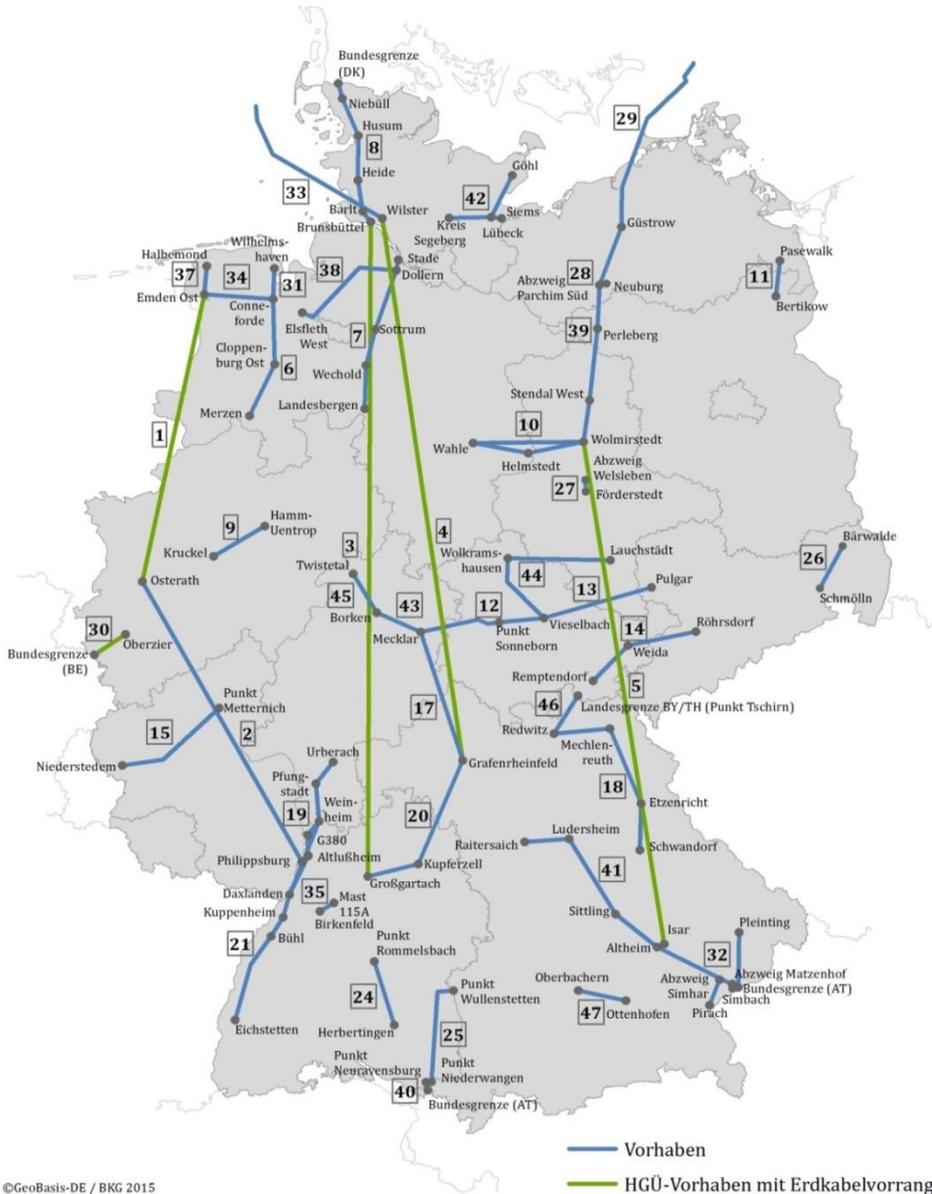
Rechtsrahmen Erdverkabelung



Neuregelung der Regelungen zum Leitungsbau am 31.12.2015:

- Drehstrom:
 - 11 Pilotvorhaben für Erdkabelabschnitte (statt 4)
 - Erweiterung der Kriterien für Erdkabel

- Gleichstrom:
 - Erdverkabelvorrang bei „E“-Kennzeichnung
 - nur in engen Ausnahmen Freileitungen möglich
 - Bei Siedlungsannäherung striktes Freileitungsverbot

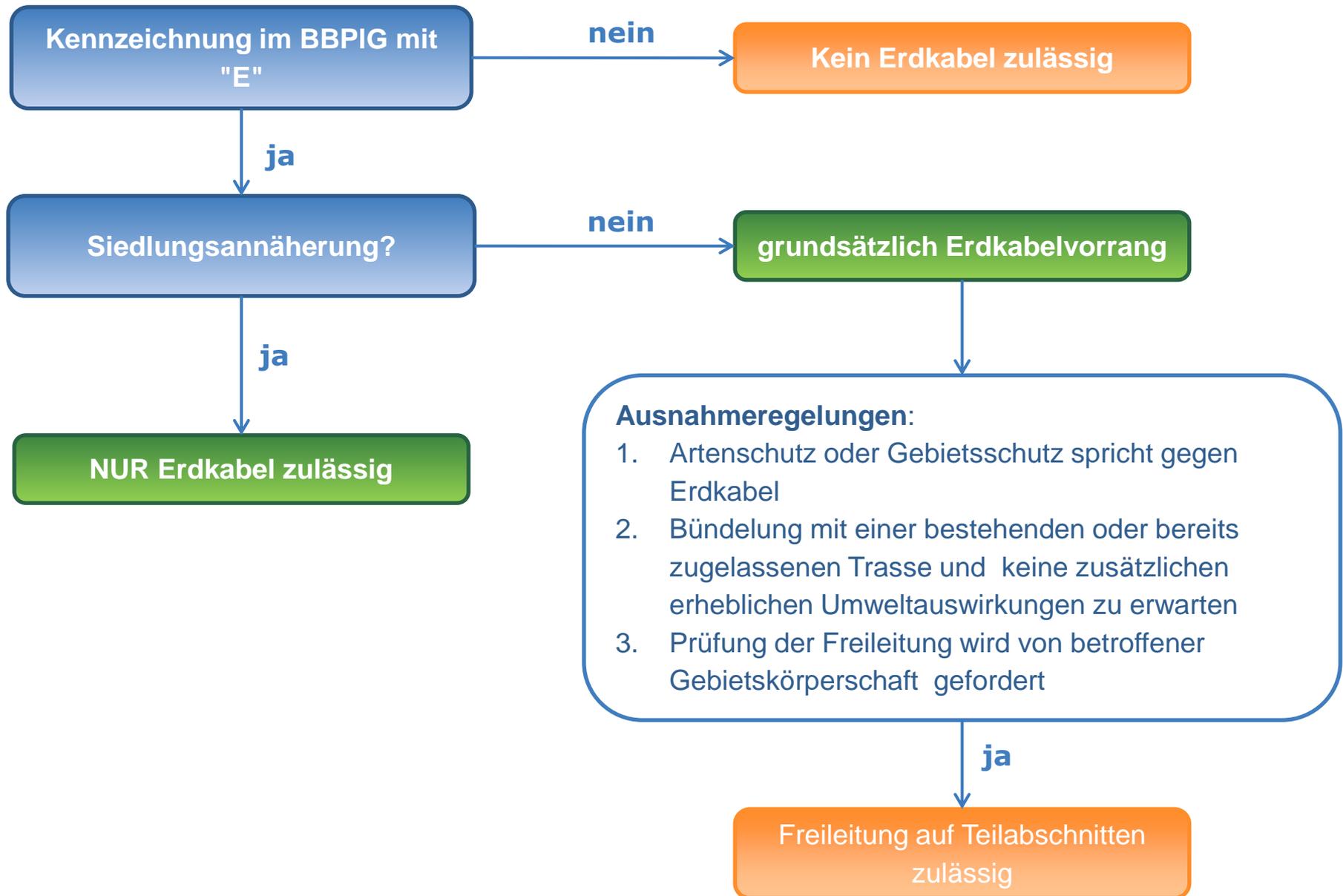


- HGÜ-Neubaukorridore: 1.500 bis 2.250 km (abhängig von Streckenführung)
- Gesetzlicher Erdkabelvorrang gilt nur für mit „E“ gekennzeichnete HGÜ-Vorhaben

Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für:

- Vorhaben 1 (A-Nord)
- Vorhaben 3 und 4 („SuedLink“)
- Vorhaben 5 („SuedOstLink“)
- Vorhaben 2 („Ultranet“) hat keine „E“-Kennzeichnung

Freileitungsausnahmen





Verlangen einer Freileitungsprüfung durch betroffene Gebietskörperschaft in der Antragskonferenz aufgrund örtlicher Belange

Zeitpunkt: in der Antragskonferenz nach § 7 NABEG (vgl. § 3 Abs. 3 Satz 1 BBPIG)

- d.h. verbindliche Äußerung der Gebietskörperschaft in der Antragskonferenz
- d.h. Gremien der Gebietskörperschaft sollten sich frühzeitig mit der Thematik auseinandersetzen

Aktuelles

- 27.09.16:
Start frühe Öffentlichkeitsbeteiligung
- Vorschlag für Trassenkorridorvarianten der Vorhabenträger
- Antrag wird für 1. Hälfte 2017 erwartet





- 27.09.16:
Start frühe Öffentlichkeitsbeteiligung
- Vorschlag für Trassenkorridorvarianten der Vorhabenträger
- Antrag wird für 1. Hälfte 2017 erwartet





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Weitere Informationen erhalten Sie unter:
www.netzausbau.de

Folgen Sie uns auf twitter.com/netzausbau
Besuchen Sie uns auf youtube.com/netzausbau